

Soziale Ungleichheit, Exklusion und der Aufstieg der Rechten

MARTIN KRONAUER

Die Zunahme sozialer Ungleichheit und der Zulauf zu rechten Parteien und Kampagnen sind deutliche Anzeichen sowohl einer Krise des gesellschaftlichen Zusammenhalts als auch einer politischen Krise. Die Fragen, die ihr Zusammenreffen aufwerfen, sind ihrerseits eminent politisch. Da wir Antworten dringend benötigen, diese aber alles andere als auf der Hand liegen, sind *gemeinsame* Anstrengungen, sie zu finden, umso wichtiger. Der folgende Beitrag setzt einige Wegmarken auf der Suche.¹

Der Populismusbegriff lenkt ab

Vorab sind Zweifel am Begriff „Rechtspopulismus“ anzumelden, aber auch an der inflationären Verwendung des Populismusbegriffs überhaupt. Das Problem bei dem Begriff „Rechtspopulismus“ besteht darin, dass er die politischen Inhalte, um die es geht, nicht nur nicht bezeichnet, sondern sie geradezu versteckt. Zu diesen Inhalten gehört wesentlich ein aggressiver Nationalismus, der häufig völkisch aufgeladen ist, und die Ablehnung von Fremden. Mit diesen Inhalten und nicht mit ihrer populistischen Verpackung – was immer populistisch dabei heißen mag – muss sich die Kritik auseinandersetzen. Damit muss sie sich aber auch mit Politikern auseinandersetzen, die es weit von sich weisen würden, „Populisten“ zu sein, aber alles tun, die EU-Grenzen abzuschotten und dafür

zu sorgen, dass die in Griechenland und Italien gestrandeten Flüchtlinge dort bleiben und nicht nach Deutschland kommen.

Kein geringeres Problem zeigt sich darin, wie der Begriff „Populismus“ in der politischen Debatte eingesetzt wird: zur Verteidigung des Status quo, zur Abwertung und Abwehr jedweder Kritik, keineswegs nur der von rechts, die einen grundlegenden politischen Richtungswechsel einfordert. Der Populismusvorwurf, der dabei in Anschlag gebracht wird, ist arrogant und lenkt ab. Populisten, so heißt es, seien daran erkennbar, dass sie einfache Antworten für schwierige Probleme vorschlagen. Das ist arrogant, weil es unterstellt, der „populus“, das Volk, verstehe ohnehin nur einfach gestrickte Lösungsangebote. Prompt wird dann in diesem Zusammenhang wieder gefordert, man solle die Bevölkerung von Entscheidungen über wichtige Fragen möglichst fernhalten. Zuviel Demokratie schade nur, die „Experten“ sollten unter sich bleiben.²

Wie ist es aber um das Urteil der „Experten“ bestellt? Der Populismusvorwurf, der sich immer gegen die anderen richtet, lenkt davon ab, dass seit Jahrzehnten einfache Antworten auf drängende Probleme gegeben und politisch durchgedrückt werden. War etwa die behauptete „Alternativlosigkeit“ der Bankenrettung etwas anderes als eine sehr schlichte Antwort auf ein in der Tat massives Problem, nämlich den Zusammenbruch der Fi-

nanzmärkte 2008? Wer hat sich überhaupt die Mühe gemacht, sie zu begründen? Wer hat die Verantwortlichen benannt, die den Zusammenbruch herbeigeführt haben? Wer hat sie zur Rechenschaft gezogen? Immerhin hatte die Bankenrettung zur Folge, dass die Steuerzahler einer ganzen Reihe europäischer Länder einspringen mussten, die Staatsverschuldung anstieg und mit ihr gerechtfertigt wurde, Sozialleistungen weiter zu kürzen. Und wie ist es um die „Alternativlosigkeit“ der schäubleschen „schwarze Null“ bestellt, wie um die „Alternativlosigkeit“ der Austeritätspolitik in Europa? Keine dieser schlichten Antworten hat gebracht, was sie versprach.

Bernd Stegemann, Dramaturg in Berlin und kritischer Kommentator der „Populismusdebatte“, dreht deshalb den Spieß um.³ Er richtet den Populismusvorwurf genau gegen diejenigen, die ihn erheben, da sie selbst nichts anderem als einfachen Antworten das Wort reden. Dieser „Populismus“ propagiert die Herrschaft der Märkte und der daraus resultierenden Kapitalmacht über die Menschen und die Politik, ohne die Folgen infrage zu stellen. Mit seinem apodiktischen Auftreten als „alternativlos“ verbirgt er, in wessen Interessen er spricht. Dass es um Interessen geht, zeigte sich beispielhaft in den Kommentaren zum ersten Wahlgang bei der französischen Präsidentschaftswahl. Die Hauptsorge der meisten Kommentatoren im deut- ►

1 Der Text ist die überarbeitete Fassung eines Vortrags, gehalten am 28. April 2017 in Berlin auf der Kooperationsveranstaltung der Internationalen Gesellschaft für Diversity Management und des IG Metall Vorstands „Backlash oder Aufbruch? Diversity Management in Zeiten wachsender sozialer Ungleichheit und zunehmendem Rechtspopulismus“.

2 Wenn es um Entscheidungen geht, die das jeweilige Gemeinwesen betreffen, muss im Prinzip jedes Mitglied dieses Gemeinwesens mitentscheiden können (was nicht das gleiche

heißt wie „Volksabstimmung“, Volksabstimmungen aber auch nicht ausschließt). Sonst ergibt die Rede von Demokratie keinen Sinn. Daher gilt es, die demokratische Qualität dieses Entscheiden-Könnens zu stärken: durch die Absicherung individueller und politischer Rechte, durch soziale Rechte, somit des Bürgerstatus; durch die Ermöglichung und Bildung der Entscheidungsfähigkeit; durch den Schutz für Minderheiten vor einer möglichen „Tyrannei der Mehrheit“. Schon Tocqueville hatte aus diesem Grund die „Souveränität der Menschheit“ über die der Mehrheit gestellt: „Das Recht eines

jeden Volkes findet seine Grenze an der Gerechtigkeit.“ (Tocqueville, A. [1835] (1985): Über die Demokratie in Amerika, Stuttgart, S. 145).

3 Stegemann, B. (2017): Das Gespenst des Populismus. Ein Essay zur politischen Dramaturgie, Berlin. Während mich seine Kritik an der Verwendung des Populismusbegriffs als Waffe zur Verteidigung des Status quo sehr überzeugt, gilt dies nicht in gleicher Weise für sein Plädoyer zur Rettung des Begriffs in einem „linken Populismus“.

schen Fernsehen war, ob Deutschland nach dieser Wahl in Europa so weitermachen kann wie bisher, also seine Politik der Exportstärke und Durchsetzung von Austeritätsmaßnahmen verfolgen kann, und nicht, *warum* diese Politik auf so viel Widerspruch stößt. Nahezu alle französischen Präsidentschaftskandidaten, nicht allein Le Pen, standen dem deutschen Kurs in Europa kritisch gegenüber.

Politische Krise, Krise des Politischen

Wer Alternativlosigkeit predigt, propagiert damit zugleich das Ende der Politik. Dies ist der Kern der Krise des Politischen, die gegenwärtig zu beobachten ist. Denn politisches Handeln besteht ja gerade darin, über den Status quo hinauszugehen, Alternativen zu eröffnen. Selbst in Unternehmen müsste ein Management, das sein Handeln als „alternativlos“ rechtfertigt, auf größte Skepsis stoßen. Denn wozu braucht es ein Management, wenn es ohnehin nur den einen Weg gibt, den es zu verfolgen gilt?

Politik in einem Gemeinwesen und für ein Gemeinwesen muss sich in die Auseinandersetzung darüber begeben, in *welcher Gesellschaft* wir leben wollen. Sonst dankt sie ab, wird sie mehr oder weniger zum Vollzugsorgan der gerade herrschenden „blinden“ Kräfte von Märkten und Marktmacht. Oder sie macht sich gar zu deren Wegbereiter und Komplizen. Die Entfesselung von Kapital-, Güter- und Arbeitsmärkten, die Übertragung von Marktlogiken auf immer weitere Institutionen und Aspekte des gesellschaftlichen Zusammenlebens war die vorherrschende Tendenz der letzten drei Jahrzehnte. Sie hat überall in Europa, aber auch in den USA, zu tiefen sozialen Verwerfungen geführt.

Sie hat aber auch Gegenbewegungen hervorgebracht, die die Politik wieder an die erste Stelle setzen wollen; Gegenbewegungen allerdings nicht mit dem Ziel einer Kritik kapitalistischer

Marktverhältnisse und nicht in der Form demokratischer Auseinandersetzungen um eine „gute“ oder wenigstens „bessere“ Gesellschaft, sondern in autoritären, ja faschistischen Formen: durch eine Entgegensetzung von Freund und Feind. Dieses Politikverständnis ist in Deutschland wohl bekannt. Carl Schmitt, Weggefährte der Nationalsozialisten, war sein prominentester Verfechter. Für ihn machte die Feinderklärung das Wesen des Politischen aus.⁴ Daran halten sich gerade wieder die rechten Aufwiegler. Nach diesem Prinzip wollen sie die politische Oberhoheit gewinnen.

Das gilt, trotz aller jeweiligen nationalen und gesellschaftlichen Besonderheiten, für die Wahl Trumps wie für den Brexit und den Aufstieg rechter Parteien in Europa. Sie alle verbindet ein aggressiver Nationalismus ihrer Wortführer – Amerika zuerst, Großbritannien zuerst, Frankreich zuerst, Deutschland zuerst – und die Ausgrenzung von Fremden im „eigenen“ Land und von solchen, die ins Land kommen wollen. Der Fremde wird zum Feind erklärt: Mexikaner in den USA, Polen in England, Menschen islamischen Glaubens in allen europäischen Ländern und den USA. Mauern sollen gebaut, Stacheldrahtzäune sollen errichtet werden oder sie sind es bereits.

Der neue „Extremismus der Mitte“ und sein Widerhall unter Arbeitern

Das Führungspersonal dieser Rechten stammt aus den gehobenen bürgerlichen Mittelschichten. Die meisten ihrer Wortführerinnen und Wortführer sind Akademiker, so wie Weidel, Petry und Meuthen in Deutschland, Le Pen in Frankreich, Wilders in den Niederlanden. Trump ist als Neureicher eher ein Ausreißer. Auch die Rechte von heute entspringt, jedenfalls was die Führungsfiguren betrifft, somit einem „Extremismus der Mitte“, um einen Begriff des amerikanischen Soziologen Lipset⁵ aufzugrei-

fen, mit dem er den historischen Faschismus bezeichnete. Die Wählerbasis aber geht darüber hinaus.

Auffallend sind die deutlichen regionalen Unterschiede in der Verteilung der Wählerschaft. Zentrum steht gegen Peripherie: Die Bewohner der großen Städte, der wirtschaftlichen und politischen Zentren, Paris, London, die in die Globalisierung am stärksten eingebundenen Stadtregionen der West- und Ostküste in den USA votierten mit großen Mehrheiten gegen Le Pen, Brexit und Trump. Die fanden ihre Unterstützerinnen und Unterstützer dagegen vor allem in den Kleinstädten, den abgehängten ländlichen Regionen und den Regionen des industriellen Niedergangs.

Besonders beunruhigen aber muss gerade die Gewerkschaften, dass die aus der bürgerlichen Mitte kommende Rechte mit ihren Kampagnen gegen die „Eliten“ und die „Etablierten“, zu denen ihre Wortführer doch selbst gehören, beträchtliche Erfolge in den unteren Mittelschichten und in der Arbeiterschaft erzielt. Von allen im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl in Frankreich abgegebenen Arbeiterstimmen gewann Le Pen den größten Anteil für sich, mit deutlichem Vorsprung vor dem Linken Mélenchon.⁶ Nach den Österreichischen Präsidentschaftswahlen hieß es in der FAZ, die FPÖ sei mittlerweile dort die Arbeiterpartei geworden.⁷ Auch im Wählerpotenzial der AfD sind Arbeiter relativ stärker vertreten als in den anderen Parteien.⁸ Die Erfolge des skrupellosen Multimillionärs Trump bei der weißen Arbeiterschaft im alt-industriellen Norden der USA lässt sich nicht durch eingefleischten Rassismus erklären – es waren viele Wähler darunter, die zuvor für Obama gestimmt hatten.⁹ Und in England ließen sich die Arbeiter, die für den Brexit votierten, nicht einmal mehr von den düsteren Wirtschaftsprognosen abhalten, die für diesen Fall in London ausgegeben wurden.

4 „Die reale Möglichkeit der Gruppierung von Freund und Feind genügt, um über das bloß Gesellschaftlich-Assoziative hinaus eine maßgebende Einheit zu schaffen, die etwas spezifisch anderes und gegenüber den übrigen Assoziationen etwas Entscheidendes ist. Entfällt diese Einheit selbst in der Eventualität, so entfällt auch das Politische selbst.“ (Schmitt, C. [1932] (2002): *Der Begriff des Politischen*, Berlin, S. 45).

5 Lipset, S. M. (1967): *Der „Faschismus“ Die Linke, die Rechte und die Mitte*, in: Nolte, E.

(Hrsg.): *Theorien über den Faschismus*, Köln/Berlin, S. 449–491.

6 Federl, F./Venohr, S. (2017): Die Jungen wählen extrem – oder gar nicht, in: ZEIT online, 24. 04.

7 Löwenstein, S. (2016): Das rote Wien ist nun blau-grün. Bei der Bundespräsidentenwahl hat die FPÖ die SPÖ als Österreichs Arbeiterpartei abgelöst, in: FAZ vom 26.04., S. 2.

8 Brenke, K./Kritikos, A. S. (2017): Wählerstruktur im Wandel, in: DIW Wochenbericht 87 (29),

S. 598; siehe auch Hilmer, R./Kohlrausch, B./Müller-Hilmer, R./Gagné, J. (2017): *Einstellung und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern*: Hans-Böckler-Stiftung, Forschungsförderung Working Paper, (44), Düsseldorf.

9 NewYorkTimes (2016): Donald Trump's victory was built on unique coalition of white voters, 10. 11.

Eine politische Lücke, die die Rechte besetzt

Wie ist es möglich, dass die Rechte derart in gesellschaftlichen Bereichen wildern kann, die einmal eine Domäne der Arbeiterbewegung waren?

Eine naheliegende Antwort ist die Auflösung der traditionellen Milieus dieser Arbeiterbewegung, der eigenen Zeitungen, Orts- und Sportvereine, der eigens organisierten Festivitäten, die einmal eine eigene Arbeiterkultur begründet hatten. Diese Auflösung fand bereits in den 1960er und 70er Jahren statt, ist unwiderruflich und hängt wiederum mit den sozialen Aufstiegsmöglichkeiten zusammen, die die Arbeiterschaft in der Nachkriegszeit erkämpfte, hat also durchaus ihre positiven Seiten.

Die Kehrseite besteht allerdings darin, dass die im weitesten Sinn gefasste „Linke“ seit Jahrzehnten, in Deutschland bereits seit dem Godesberger Programm, nurmehr die „soziale Mitte“ anspricht, was immer unter diesem völlig unscharfen Begriff alles gefasst sein mag.¹⁰ In den 1990er Jahren, unter dem Etikett der „neuen Mitte“, schwenkte die Sozialdemokratie an der Regierung in verschiedenen europäischen Ländern mehr und mehr auf den Kurs der Unterordnung der Politik unter die Märkte ein. Die Lohnabhängigen wurden und werden als *eigenständige* gesellschaftliche Kraft politisch gar nicht mehr adressiert und damit auch nicht politisch *konstituiert*. Heute gibt die Rechte vor, denen eine Stimme zu geben, die keine mehr haben. Sie beutet eine Lücke aus, die die Linke freigegeben hat.

Darüber wird derzeit heftig diskutiert, in Frankreich und Deutschland insbesondere im Anschluss an das Buch von Didier Eribon „Rückkehr nach Reims“.¹¹ Der Autor schildert dort, wie er aus dem Arbeitermilieu seiner Eltern ausbrechen musste, um seine Homosexualität leben und um studieren zu können. Es ist eine Aufstiegsgeschichte mit erheblichen Hindernissen. Nach dem Tod seines Vaters kehrt er zum ersten Mal zurück, konfrontiert sich mit seiner sozialen Herkunft und der Frage, wie es dazu kommen konnte, dass aus früheren Wählern der Kommunistischen Partei nun Wähler des Front National geworden sind. Auch Eribon vertritt vehement die Antwort, die Linke habe versagt.

Dabei fehlt aber eine genauere Bestimmung dessen, worin jene Lücke eigentlich besteht, die die Linke nicht mehr besetzt hat und die die Rechte nun mit ihrem Nationalismus und mit ihrer Fremdenfeindlichkeit auszubeuten versucht. Dazu findet sich ein wichtiger Hinweis in einem schmalen Band des bedeutenden Soziologen Zygmunt Bau-

man mit dem Titel „Die Angst vor den anderen. Ein Essay über Migration und Panikmache“.¹² Der Essay erschien letztes Jahr in deutscher Sprache, kurz vor Baumanns Tod. Bauman referiert hier zustimmend einen anderen Autor, der schreibt, „Nationalismus und der Verweis auf ethnische Zugehörigkeit seien ein ‚Ersatz für Integrationsfaktoren in einer desintegrierenden Gesellschaft. Wenn die Gesellschaft zerfällt, erscheint die Nation als letzte Garantie‘“¹³.

Dieser Hinweis enthält einen Schlüssel zum Verständnis der gegenwärtigen Lage. Denn er lenkt den Blick auf die sich abzeichnende *gesellschaftliche* Krise, die die Rechte mit Nationalismus und dem Verweis auf ethnische Zugehörigkeit auszubeuten versucht. Diese Krise lässt sich in der Tat dadurch charakterisieren, dass wichtige „Integrationsfaktoren“ der Gesellschaft an Kraft verlieren.

Eine Krise des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Wenn im Folgenden im Anschluss an Baumanns Zitat von „Integrationsfaktoren“ die Rede ist, dann meint „Integration“ nicht, wie heute üblich, allein oder in erster Linie die Integration von Migrantinnen und Migranten. Vielmehr geht es um Institutionen, die in Gesellschaften mit kapitalistischer, d. h. auf die Akkumulation von Kapital ausgerichteter Ökonomie dennoch ein Zusammenleben *aller* Angehörigen des Gemeinwesens ermöglichen. Das erfordert eine Grundlage fundamentaler Gleichheiten als Bürgerinnen und Bürger, Zugang zu arbeitsteiliger Kooperation und deren gesellschaftliche Regelung, Mechanismen des sozialen und materiellen Ausgleichs und der Vermittlung zwischen unterschiedlichen, gar gegensätzlichen Interessen trotz fortbestehender Klassenungleichheit.

Solche „Integration“ ist überaus voraussetzungs- und voraussetzungslos. Vor allem und zuallererst setzt sie voraus, dass die große Mehrheit der Bevölkerung überhaupt als Bürger anerkannt wird. Seit dem 18. Jahrhundert und bis ins frühe 20. Jahrhundert hinein galt als Bürger nur, wer über Eigentum verfügte. Das schloss die besitzlosen Klassen und damit die Lohnarbeiter von vornherein aus. Sie mussten sich die Voraussetzungen ihrer Integration erst erkämpfen – das Wahlrecht, das Streikrecht, das Recht auf Tarifverträge, den Zugang zu höherer Bildung, Absicherungen gegen Verelendung durch Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter. Erst mit dem Ausbau von Sozialstaaten nach dem Zweiten Weltkrieg kann davon die Rede sein, dass auch für die lohnabhängige Bevölkerung der Bürgerstatus gewährleistet ist – allerdings nicht in der

Form einer Gleichheit als „Wirtschaftsbürger“ im Betrieb und Unternehmen. Das Machtgefälle zwischen Kapital und Arbeit bleibt erhalten, es betrifft insbesondere das Zentrum der gesellschaftlichen Integration in kapitalistische Gesellschaften für die große Mehrheit der Bevölkerung, die Erwerbsarbeit. Insofern war und ist Integration und mit ihr zugleich die Verbindung von Kapitalismus und Demokratie immer gefährdet.

Auf drei „Integrationsfaktoren“ kommt es in besonderem Maße an: Integration über Erwerbsarbeit, Integration nicht nur über individuelle und politische, sondern auch soziale Bürgerrechte und Integration über Teilhabe am gesellschaftlich erreichten Niveau von Wohlstand und Wohlfahrt.

Der Erwerbsarbeit kommt noch immer eine zentrale Rolle zu, nicht nur, weil sie die erste und hauptsächliche Quelle für den Lebensunterhalt bildet, sondern auch, weil sie die Menschen einbindet in Beziehungen der gesellschaftlichen Kooperation, der wechselseitigen Abhängigkeit in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Diese Abhängigkeit hat mindestens zwei Seiten, sie schließt, in unterschiedlichem Ausmaß, Fremdbestimmungen, ja Ausbeutung ein, aber auch die Erfahrung, dass es auf *gemeinsames* Arbeiten ankommt, um Ergebnisse zu erzielen, und die Erfahrung von gesellschaftlicher Nützlichkeit. Nicht zuletzt schließt sie Widerstandsmöglichkeiten ein. Wessen Arbeitskraft gebraucht wird, der oder die kann sich auch wehren, verfügt über potenzielle Gegenmacht. Die „Überzähligen“ hingegen, die aus dem Erwerbssystem Ausgestoßenen, sind „nicht einmal ausgebeutet“, schreibt Robert Castel.¹⁴ Sie haben damit aber auch jede Fähigkeit zur Gegenmacht verloren.

Soziale Rechte sind unter den Bürgerrechten für Integration deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie die anderen Rechte, die persönlichen und politischen Rechte, erst materiell absichern. Sie bilden überdies, wie bereits angesprochen, die Grundlage dafür, dass auch die lohnabhängige Bevöl-

10 Kritisch zum diffusen Begriff der „Mitte“ Kadritzke, U. (2017): Mythos „Mitte“ Oder: Die Entsorgung der Klassenfrage, Berlin.

11 Eribon, D. (2016): Rückkehr nach Reims, Berlin.

12 Bauman, Z. (2016): Die Angst vor den anderen. Ein Essay über Migration und Panikmache, Berlin.

13 Ebd., S. 64f.

14 Castel, R. (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz, S. 19.

kerung den Bürgerstatus überhaupt erlangen konnte. Soziale Rechte eröffneten ihnen den Zugang zu Leistungen, deren Erhalt zuvor zu den Privilegien der Besitzenden gehörte: Medizinische Versorgung, höhere Bildung, Wohnraum, der Privatheit ermöglicht. Gesetzlich verfasste und verpflichtende Sozialversicherungen schützten vor den Folgen der Marktabhängigkeit. Der französische Soziologe Robert Castel spricht von den gesetzlichen Sozialversicherungen als einem „Sozialeigentum“,¹⁵ denn es bildet gewissermaßen das Gegenstück zum privaten Eigentum, auf das sich der Bürgerstatus der Besitzenden gründete. Koalitionsrecht, Streikrecht, Tarifvertragsrechte stärkten die Position der Lohnabhängigen im ungleichen Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit, ohne es allerdings auszugleichen. Ein für die Gewährleistung des Bürgerstatus entscheidendes Recht allerdings wurde den abhängig Beschäftigten immer vorenthalten: ein Recht auf Erwerbsarbeit.

Schließlich als dritter wichtiger Integrationsfaktor die Teilhabe am gesellschaftlich erreichten Niveau von Wohlstand und Wohlfahrt. In unseren „wohlhabenden“ Gesellschaften gibt es inzwischen über die Klassen- und Schichtungsgrenzen hinweg weitgehende Übereinstimmungen darüber, welche Güter, Dienstleistungen und soziale Aktivitäten mindestens erforderlich sind, um gesellschaftlich „dazuzugehören“, gesellschaftlich teilzuhaben. Empirische Studien haben das immer wieder belegt. Gerade deshalb bedeutet anhaltende Armut heute nicht allein, einem Mangel ausgesetzt zu sein, sondern zusätzlich ausgegrenzt zu werden.

In der Frage der Verteilung von Einkommen und Vermögen kommt noch ein zusätzliches Integrationsmoment ins Spiel: Gerechtigkeitsvorstellungen, die sich nicht an absoluten Größen festmachen, sondern an gesellschaftlichen Normvorstellungen – und insoweit an zu Recht erwarteten Leistungen und Gegenleistungen. Solche Gerechtigkeitsvorstellungen haben für gesellschaftliche Integration die Funktion „notwendiger Fiktionen“.¹⁶ Denn sie vermitteln einen gesellschaftlich geteilten Sinn dafür, welche Ungleichheiten und wieviel davon akzeptabel sind oder nicht. Der Reichtum der sogenannten „Eliten“ in Wirtschaft und Gesellschaft bildet so lange keinen Stein des Anstoßes, wie diese „Eliten“ eine Gegenleistung abliefern, also – im allgemeinen Bewusstsein zumindest – dazu beitragen, dass es auch den anderen besser geht. Die exorbitanten Managergehälter wurden in den frühen 1990er Jahren in den USA erst in dem Moment zum Skandal, als sie mit Massenentlassungen einhergingen und die Durchschnittseinkommen in den Mittelklassen absanken.

In der Bundesrepublik Deutschland und anderen europäischen Ländern, in beträchtlichem Umfang aber auch in den USA, wirkten die genannten „Integrationsfaktoren“ in der Tat integrierend vom Ende der 1950er Jahre bis in die 1970er (in der Bundesrepublik bis in die 1980er) Jahre hinein. Ungleichheiten der verschiedensten Art (insbesondere in der gesellschaftlichen Stellung der Geschlechter, in den Klassenverhältnissen) bestanden zwar fort. Aber die Arbeitslosigkeit war so gut wie verschwunden, Einkommensungleichheit und damit auch die Armut gingen zurück, soziale Rechte wurden ausgedehnt und finanziell abgesichert. Der vielzitierte „Fahrstuhl“ in der Verteilung von Einkommen und Lebenschancen ging für alle nach oben, auch wenn er in verschiedene Stockwerke führte. Die in dieser Zeit eigens angeworbenen Arbeitsmigranten wurden allerdings dem Erdgeschoss (oder dem Maschinenraum im Keller) zugewiesen. Politische Rechte erhielten sie nicht, soziale Rechte aber immerhin, dafür sorgten die Gewerkschaften. Insgesamt bildete die zunehmende gesellschaftliche Integration in dieser Phase die Voraussetzung für einen weiteren Schub der Individualisierung – der Erweiterung von Wahlmöglichkeiten im Hinblick auf Bildung, Beruf, Lebensformen.

Die im Zitat von Bauman angesprochene Tendenz zur „Desintegration“ lässt sich in ihren Anfängen mindestens bis in die 1980er Jahre zurückverfolgen, sie spitzte sich um die Jahrtausendwende in Formen zu, die durchaus als Symptome einer „gesellschaftlichen Krise“ gedeutet werden müssen. Ich spreche an dieser Stelle vor allem von Deutschland, das noch eine relative „Insel der Glückseligen“ darstellen mag, nicht zuletzt aufgrund einer Position der Stärke gegenüber Inseln mit einer großen Zahl von Unglückseligen, auch in Europa.

Die Arbeitslosigkeit kehrte zurück, seit den 1980er Jahren spaltet auch die Langzeitarbeitslosigkeit die deutsche Gesellschaft auf neue Weise. Die „Überzähligen“ des Erwerbssystems bilden inzwischen eine eigene Kategorie der sozial Ausgegrenzten und zugleich sozialstaatlich Verwalteten, von Sanktionen bedroht und in den Lebensverhältnissen auf ein kulturelles Existenzminimum herabgestuft. Sie stellen das abschreckende Beispiel für diejenigen dar, denen die Abstiegsbedrohung bei der Erwerbsarbeit im Nacken sitzt. Denn mit der euphemistisch sogenannten „Flexibilisierung“ der Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse ist auch eine breite Zone der „sozialen Verwundbarkeit“¹⁷ entstanden, wie Castel sie nennt, mit Niedriglöhnen, die oft aus Armut nicht heraushelfen und deshalb „aufgestockt“ werden müssen, mit

befristeten Beschäftigungsperspektiven, schwacher oder gar keiner Interessenvertretung, geringer sozialer Absicherung. Belegschaften werden zunehmend intern in – noch – gesicherte Stamm- und kaum gesicherte Randbelegschaften gespalten und gegeneinander in Konkurrenz gesetzt.

Auch die Sozialstaatlichkeit wurde neu ausgerichtet, der Schutz vor Marktabhängigkeiten eingeschränkt, stattdessen die Pflicht zur Eigenverantwortung verstärkt eingefordert. Dies bedeutet eine grundlegende Abweichung von der Erkenntnis, die historisch zur Einführung sozialer Rechte überhaupt geführt hat: dass nämlich Individuen die Verantwortung für ihre Schicksale an Märkten gar nicht übernehmen können. Sie sind ihnen auch beim besten Willen ausgeliefert. Daran ändert auch das in der Formel „Fördern und Fordern“ versprochene Element des individuellen Förderns nichts, zumal es stark im Schatten des „Forderns“ steht.

Dass sich eine starke Tendenz zur gesellschaftlichen Desintegration in der zunehmenden Ungleichheit bei der Verteilung der Einkommen und der geradezu skandalösen Ungleichheit bei der Verteilung der Vermögen abzeichnet, ist inzwischen fast ein Gemeinplatz. Selbst die OECD¹⁸ und den Gewerkschaften nicht unbedingt nahestehende Ökonomen in Deutschland¹⁹ weisen entschieden darauf hin. Als gesellschaftspolitisches Problem wird die auseinandergehende Einkommensschere in Deutschland allerdings vor allem deshalb zur Kenntnis genommen, weil sie inzwischen die Einkommensmitte erfasst hat. Auch in Deutschland, und dort vor allem in den städtischen Regionen, polarisieren sich mittlerweile die Einkommen. Das nährt die Debatte um die „verunsicherte Mitte“, bei der allerdings meist ausgeblendet wird, dass es nicht „die Mitte“ ist, die insgesamt Einkommensabstiege hinnehmen musste, sondern deren unterer Rand,²⁰ und dass

15 Ebd., S. 264.

16 Dubet, F. (2008): Ungerechtigkeiten. Zum subjektiven Ungerechtigkeitsempfinden am Arbeitsplatz, Hamburg, S. 34.

17 Castel, a.a.O. (vgl. Fn 14), S. 13.

18 OECD (2015): In it together. Why less inequality benefits all, Paris.

19 Fratzscher, M. (2016): Verteilungskampf. Warum Deutschland immer ungleicher wird, München.

20 Spannagel, D. (2016): Soziale Mobilität nimmt weiter ab: WSI-Verteilungsbericht 2016, in: WSI-Mitteilungen 69 (8), S. 613–620 (hier: S. 616f.), https://www.boeckler.de/wsi-mitteilungen_106018_106026.htm.

die stärksten relativen Einbußen im Einkommen und vor allem die höchsten Risiken, anhaltend in die „Zone der Verwundbarkeit“ zu geraten, noch immer in der Arbeiterschaft anzutreffen sind.²¹

Das Ergebnis der Desintegrationstendenzen ist somit nicht eine „Abstiegsgesellschaft“,²² sondern eine zunehmend und zunehmend tiefer gesplante Gesellschaft, in der sich Ungleichheiten der Klassenzugehörigkeit und Ungleichheiten der gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten überlagern, ohne miteinander identisch zu sein.

Die subjektiven Folgen der Desintegrationstendenzen aber lassen sich als Verlusterfahrungen beschreiben: als Erfahrungen von Kontrollverlust, von Perspektivverlust und von Traditionsverlust. An sie knüpft die nationalistische und fremdenfeindliche Rechte an, sie versucht sie auszubeuten. Die Erfahrungen von Kontrollverlust beziehen sich darauf, dass Eigenverantwortung immer stärker eingefordert wird, aber die Mittel zu ihrer Verwirklichung ungewisser werden; zugleich sind keine Instanzen und Institutionen mehr erkennbar, auch und gerade keine politischen Instanzen und Institutionen, die für Rahmenbedingungen bürgen würden, die die Verwirklichung der eigenen Lebensentwürfe ermöglichen. Perspektivverluste beziehen sich darauf, dass soziale Aufstiege blockiert und Abstiege wahrscheinlicher werden, zumindest für die eigenen Kinder. Traditionsverluste infolge der Individualisierung werden schwerer erträglich, wenn auch die sozialen Voraussetzungen für die viel beschworene „Selbstverwirklichung“ fehlen.²³

Nationalistischer Kitt und die Notwendigkeit, ihn aufzulösen

Die Rechte kann und will die beschriebenen Desintegrationstendenzen nicht aufhalten. Im

Gegenteil, sie wird sie verschärfen, wie bereits das Bekenntnis ihrer Wortführer immer wieder bestätigt, Kapitalmacht nicht antasten zu wollen. Die neue Frontfrau der AfD propagiert gar einen Kapitalismus nach Hayekschem Muster, in dem sich der Staat bis auf die Gewährleistung allgemeiner Rahmenbedingungen völlig heraushalten soll. Die Rechte kann und will aber die Verlusterfahrungen ausbeuten, indem sie sie von ihren Ursprüngen ab- und umlenkt: auf die Mühlen ihrer völkischen Gemeinschaft und die Abwehr der Konkurrenz durch die Fremden.

Was kann dem entgegengesetzt werden?

Es ist Sache der fortgesetzten, gemeinsamen Diskussion, Antworten zu finden. Aber aus dem Ausgeführten folgen zumindest einige Hinweise auf die Richtung, in der Antworten gesucht werden müssten.

Der erste Hinweis: Notwendig ist die Wiedergewinnung eigener *politischer* Handlungsfähigkeit. Und die kann der Rechten das Wasser nur abgraben, indem sie sich gegen die Quellen der Desintegrationstendenzen richtet. Sie muss sich somit gegen die Unterwerfung der Gesellschaft unter Marktlogiken und Kapitalmacht richten.

Der zweite Hinweis: Dies gilt selbst dann, wenn das Ziel des politischen Handelns die Stärkung der „Integrationsfaktoren“ noch innerhalb des Rahmens kapitalistischer Verhältnisse sein soll (damit zugleich aber auch über diesen Rahmen hinausweist). Die Ansatzpunkte dafür habe ich angedeutet. Anthony Atkinson hat in seinem wichtigen Buch „Ungleichheit. Was wir dagegen tun können“ wegweisende Vorschläge, die den gesellschaftlichen Veränderungen seit den 1980er

Jahren Rechnung tragen, zur Diskussion gestellt, darunter eine „Beschäftigungsgarantie“.²⁴

Der dritte Hinweis: Der Kulturkampf, den die Rechte gegen „den Islam“, „Ausländer“, „den Feminismus“, „politische Korrektheit“, „die 68er“, „Inklusion in der Schule“, kurz: gegen die Anerkennung gesellschaftlicher Vielfalt und Selbstbestimmung führt, lenkt von den Ursachen der Desintegrationstendenzen ab. Diesem Kulturkampf Zugeständnisse zu machen, um sich den rechts wählenden Teilen der Arbeiterschaft anzubiedern, wäre nicht nur vergeblich, sondern führte in die Irre. Denn nicht die zunehmende Vielfalt von Lebensformen in der Gesellschaft ist deren Problem, sondern die beschränkte Möglichkeit, über das eigene Leben und Arbeiten zu bestimmen.

Der vierte Hinweis: Dem Kontrollverlust kann nur durch eine Demokratisierung auf allen Ebenen begegnet werden – im lokalen, regionalen, nationalen und übernationalen Rahmen, am Arbeitsplatz, im Betrieb, in überbetrieblichen Gremien. Diese Demokratisierung muss sich auch und gerade auf die Kontrolle von Kapitalmacht erstrecken. Sie erfordert die Schaffung neuer Organe der Partizipation, darunter sicherlich auch eine Rückverlagerung von Entscheidungskompetenzen von der europäischen zur nationalen, regionalen und lokalen Ebene,²⁵ ohne damit zugleich die wichtige politische Handlungsebene der Europäischen Union preiszugeben. Das Ziel des politischen Handelns auf dieser Ebene müsste es sein, diese in Richtung einer *solidarischen* Union voranzutreiben.²⁶

Der fünfte Hinweis: Demokratisierung setzt voraus, entschieden die Debatte über die grundlegend politische Frage zu eröffnen, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. In der Auseinandersetzung mit der Rechten gilt es dabei, die Lohnabhängigen wieder als Lohnabhängige ►

21 Groh-Samberg, O. (2009): Armut, soziale Ausgrenzung und Klassenstruktur. Zur Integration multidimensionaler und längsschnittlicher Perspektiven, Wiesbaden, S. 168.

22 Nachtwey, O. (2016): Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Berlin.

23 Detje, R./Dörre, K./Kronauer, M./Schumann, M. (2017): Zeitenwende oder: Zeit für eine Wende der Linken, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 62 (4), S. 97–103.

24 „Der Staat sollte sich ein explizites Ziel zur Verhinderung und Verminderung von Erwerbslosigkeit setzen und seinen politischen Willen

unter Beweis stellen, indem er den Menschen, die Arbeit suchen, einen garantierten öffentlichen Arbeitsplatz zu einem Mindestlohn anbietet.“ (Atkinson, A. B. (2016): Ungleichheit. Was wir dagegen tun können, Stuttgart, S. 183). Wie Atkinson weiter ausführt, sollten die Bewerbungen um einen solchen öffentlichen Arbeitsplatz freiwillig sein, Kombinationen (bis zu einer bestimmten Stundenzahl) mit Teilzeitarbeit in anderen Arbeitsstellen wären möglich, und die Beschäftigungsgarantie würde andere Sozialleistungen (darunter ein von Atkinson befürwortetes „Partizipationseinkommen“) ergänzen, nicht ersetzen.

25 Ein Vorschlag, wie diese Rückverlagerung aussehen könnte, findet sich bei Scharpf, F. (2014):

After the crash. A perspective on multilevel European democracy: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Discussion Papers 14/21, Köln.

26 Die nationalstaatliche gegen die europäische politische Handlungsebene ausspielen zu wollen, ergibt aus einer linken Perspektive keinen Sinn. Denn selbst die Rückverlagerung und Erweiterung demokratischer Handlungskompetenz auf die nationalstaatliche Ebene erfordert politisches Handeln auf der europäischen Ebene, nämlich die entsprechenden Regeländerungen; zum anderen lassen sich bestimmte wichtige Politikziele wie die „Rückbettung“ der Finanzmärkte in gesellschaftliche Kontrollen und ein Ausgleich regionaler sozialer Ungleichheiten nur auf europäischer Ebene verfolgen.

zu adressieren. Das bedeutet nicht, die weitreichenden Unterschiede in den Arbeits- und Lebensverhältnissen der abhängig Beschäftigten aus den Augen zu verlieren. Aber im Gegensatz zu dem gesellschaftliche Klassenungleichheiten leugnenden Begriff der „Mitte“ ermöglicht es der Begriff „Lohnabhängige“ – trotz dieser Unterschiede – grundlegende Gemeinsamkeiten der Problemlagen zu thematisieren und politisch aufzunehmen, die aus den kapitalistischen Verhältnissen resultieren: die immer wieder erfahrenen, tiefgreifenden Verletzungen von Gerechtigkeitsansprüchen in der Arbeit zum Beispiel (siehe das Schwerpunktheft 7/2016 der WSI-Mitteilungen), die zunehmende Unsicherheit der Lebensumstände; die immer wieder blockierten individuellen wie kollektiven Selbst-

bestimmungsmöglichkeiten im Betrieb und im alltäglichen Leben außerhalb der Erwerbsarbeit. Nicht zuletzt steigern die zunehmende Ungleichheit und die neuen Spaltungslinien der Gesellschaft soziale Abstiegsängste und untergraben die Lebensqualität aller abhängig Beschäftigten und ihrer Angehörigen.²⁷ Zugleich ist in aller Schärfe wieder offenzulegen, dass die

Quelle der Ungleichheit, Ausbeutung und Ausgrenzungen in den kapitalistischen Verhältnissen selbst liegt und nicht „von außen“ kommt: weder in der Gestalt des Fremden noch in der Gestalt fremder Kultur. ■

AUTOR

MARTIN KRONAUER, Dr. phil., Prof. (i. R.) für Gesellschaftswissenschaft an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Soziale Ungleichheit, Exklusion im internationalen Vergleich, neue soziale Frage.

@ kronauer@hwr-berlin.de

27 Siehe hierzu Wilkinson R./Pickett K. (2013): Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Berlin; Böhnke P. (2011): Gleichheit und Sicherheit als Voraussetzung für Lebensqualität?, in: WSI-Mitteilungen 64 (4), S. 163–170, https://www.boeckler.de/33727_34952.htm; OECD (2015), a. a. O. (vgl. Fn 18).